Regierungsrat

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch*

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Departementsvorsteher
Bundeshaus West
3003 Bern

4. April 2006

Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts im Obligationenrecht; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. Dezember 2005 haben Sie uns eingeladen, zur geplanten Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts eine Stellungnahme abzugeben. Wir kommen dieser Aufforderung gerne nach und äussern uns dazu wie folgt:

1. Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüssen die mit der Revision verfolgten Hauptziele (Verbesserung der Corporate Governance, Regelung der Kapitalstrukturen, Aktualisierung der Ordnung der Generalversammlung und die umfassende Revision des Rechnungslegungsrechts).

Insbesondere den Neuerungen im Bereich der Buchführung und Rechnungslegung erteilen wir ausdrücklich die Zustimmung. Es ist zu befürworten, dass sich die Art der Buchführung und Rechnungslegung nicht mehr nach der Rechtsform der Unternehmung, sondern nach ihrer Grösse und Bedeutung richten soll. Ebenso stimmen wir den vorgeschlagenen Gliederungsvorschriften zu, die sich an die bisherigen aktienrechtlichen Normen anlehnen und die neu für die Jahresrechnung aller Unternehmen gelten sollen, die zum Eintrag in das Handelsregister verpflichtet sind. Für die einzelnen Verbesserungsvorschläge verweisen wir auf nachfolgende Bemerkungen (Ziff. 2).

Mit der Neuregelung der Kapitalstrukturen wird den Bedürfnissen der Unternehmen Rechnung getragen. Die Einführung eines sog. Kapitalbandes, zur Flexibilisierung des Verfahrens zur Erhöhung und Herabsetzung des Aktienkapitals, räumt den Gesellschaften einen grösseren Handlungsspielraum ein. Die vorgeschlagene Regelung ist zu begrüssen.

Der Vorentwurf schafft die Möglichkeit, elektronische Mittel bei der Vorbereitung und der Durchführung von Generalversammlungen zu nutzen. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen. Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sollen rasch, koordiniert und zum Nutzen aller eingesetzt werden. Die Anwendung von IKT birgt aber auch ernst zu nehmende Risiken in sich, insbesondere mögliche Verletzungen von Persönlichkeitsrechten oder anderer Grundrechte. Der Schutz vor Missbräuchen sowie die Durchsetzung des Rechts müssen daher als zentrale Bedingungen für das Vertrauen von der Wirtschaft und von den Bürgerinnen und Bürgern in IKT gewährleistet sein. Datensicherheit sowie sicherheitsrelevante und datenschutzfördernde Produkte erhalten daher eine hohe Priorität (siehe revidierte Strategie des Bundesrates für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz vom 18.01.2006, S. 1 ff.).

2. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen des Vernehmlassungsentwurfs

- **Verzicht auf einen Mindestnennwert und Abschaffung der Inhaberaktie**

Art. 622 VE-OR

Wir begrüßen die vorgeschlagene Abschaffung der Inhaberaktie. Die im Begleitbericht dazu vorgebrachten Argumente überzeugen. Hingegen erachten wir die nach Art. 3 der Übergangsbestimmungen eingeräumte Frist von 2 Jahren als zu kurz. Wir würden es bevorzugen, den Gesellschaften eine Frist von 3 Jahren einzuräumen, um ihre Statuten den neuen Bestimmungen anzupassen.

Nach Art. 622 Abs. 2 VE-OR muss künftig der Nennwert einer Aktie lediglich grösser als Null Rappen sein. Es ist unklar, inwiefern diese Massnahme einem echten Bedürfnis entspricht. Die Reduktion des Mindestnennwertes von früher 100 Franken auf 1 Rp wurde von zahlreichen Gesellschaften offenbar nicht nur dazu benutzt, ihre Aktien zu splitten und damit leichter zu machen. Vielmehr wurde, statt Dividenden auszuschütten, das Aktienkapital herabgesetzt und die Aktionäre mit steuerfreien Nennwertrückzahlungen erfreut.

- **Anhebung der Mindestliberierung**

Art. 632 Abs. 1 VE-OR

Im Interesse einer einheitlichen Regelung würden wir es begrüßen, wenn die Mindestliberierung auch für bestehende Gesellschaften innert einer Übergangsfrist auf neu 25 Prozent angehoben werden müsste.

- **Öffentliche Beurkundung einer Sacheinlage**

Art. 634 Abs. 3 VE-OR

Die Regelung, wonach Sacheinlageverträge bezüglich Grundstücke in der ganzen Schweiz durch Urkundspersonen am Sitz der Gesellschaft errichtet werden können, entspricht derjenigen des Fusionsgesetzes. Wir halten die Neuerung für sinnvoll, auch wenn damit einmal mehr in kantonales Beurkundungsrecht eingegriffen wird.

- **Modalitäten zur Gewährung des Bezugsrechts**

Art. 652b Abs. 2 VE-OR

Die in Art. 652b Abs. 2 VE-OR festgesetzten Modalitäten bezüglich des Bezugsrechts bei einer Festübernahme sind zu begrüßen. Jedoch können wir die Schlussfolgerung im Begleitbericht nicht nachvollziehen, wonach der wertpapierrechtliche Gutgläubensschutz hinter den Anspruch der Aktionärinnen und Aktionäre zurücktritt, sollte sich die Bank nicht an ihre vertraglichen Verpflichtungen halten und die Aktien an Drittpersonen veräussern. Beim Festübernahmeverfahren ist nach unserem Verständnis das Bankinstitut in einer ersten Phase Zeichner, Liberierer und Erwerber des originären Eigentums an den neuen Aktien. In einer zweiten Phase erwirbt ein Aktionär, der die Aktien vom Bankinstitut übernimmt, derivativ Eigentum. Dasselbe muss auch für einen Dritterwerber gelten. Die vorgeschlagene Lösung, wonach derartige Rechtsgeschäfte der Bank mit einem Dritten nichtig wären, ist unseres Erachtens unbillig und verstösst gegen massgebliche Grundsätze des Eigentumsrechts.

- **Öffentliche Beurkundung einer Statutenänderung**

- **Art. 653i Abs. 3, Art. 653s Abs. 2 VE-OR**

- Es scheint uns nicht logisch, auf die öffentliche Beurkundung des Beschlusses über die Statutenänderung zu verzichten. Es ist zwar zuzugeben, dass jede öffentliche Beurkundung von weniger bedeutenden Bestimmungen der Statuten mit Aufwand für das Unternehmen verbunden ist. Dies würde aber für die Änderung vieler anderer Statutenbestimmungen ebenfalls zutreffen. Die neue Regel widerspricht unserer Meinung nach den Vorschriften von Art. 647 Abs. 1 OR.

- **Einführung eines Kapitalbandes**

- **Art. 653r und 653s VE-OR**

- Wir begrüßen die Einführung eines Kapitalbandes. Dieses ermöglicht der Unternehmung sehr rasch auf veränderte Kapitalbedürfnisse zu reagieren. Unseres Erachtens weist damit das Kapitalband eindeutig Vorteile gegenüber der vorgeschlagenen Variante der genehmigten Kapitalerhöhung / genehmigte Kapitalherabsetzung auf. Die Limitierung der Bandbreite sollte aber grosszügiger ausfallen.

- **Aufhebung**

- **Art. 670 VE-OR**

- Wir stimmen dem Vorschlag ausdrücklich zu, so dass Grundstücke und Beteiligungen künftig auch nicht mehr zur Deckung einer Unterbilanz über die Anschaffungs- oder Herstellungskosten hinaus aufgewertet werden dürfen.

- **Zuweisung zur Kapitalreserve**

- **Art. 671 Abs. 1 VE-OR**

- Die Bestimmung ist mit einer Ziffer 3. „übrige Kapitaleinlagen“ zu ergänzen. Darunter fallen Zuschüsse von Aktionären und verdeckte Kapitaleinlagen, die nachträglich in der Handelsbilanz offen gelegt werden.

- Bei Zuschüssen von Aktionären und verdeckten Kapitaleinlagen, die nachträglich in der Handelsbilanz offen gelegt werden, handelt es sich um Kapitalreserven. Beide Einzahlungsvarianten kön-

nen aber weder dem Agio (Ziffer 1 von Art. 671 Abs. 1 VE-OR) noch dem Kaduzierungsgewinn (Ziffer 2) zugeordnet werden. Deshalb ist eine Ziffer 3 mit der Bezeichnung „übrige Kapitaleinlagen“ einzufügen. In der Botschaft ist darauf hinzuweisen, dass nach der Unternehmenssteuerreform II Kapitaleinlagen bei deren Rückzahlung grundsätzlich steuerfrei sein sollen. Davon ausgenommen sind Beteiligungen, die eine Person aus dem Privatvermögen in eine selbst beherrschte Gesellschaft einbringt (Transponierung). Hier bleibt die Besteuerung der Kapitalrückzahlung bestehen, ansonsten latentes Einkommenssteuersubstrat unterginge. In den Übergangsbestimmungen zum 26. und 32. Titel ist die Behandlung von Agio, das vor dem Inkrafttreten dieser neuen Bestimmung einbezahlt worden ist, zu regeln.

- **Bildung von Reserven**

- **Art. 673 VE-OR**

Die Bestimmung schränkt die Bildung von Reserven gegenüber dem geltenden Recht erheblich ein und stellt im Ergebnis ein Verbot für freie (Gewinn-) Reserven auf (so auch die Botschaft S. 61). Die angegebene Begründung vermag nicht durchzudringen, wenn die Zuweisung in die Reserven von der Generalversammlung beschlossen und die Auflösung in der Jahresrechnung offen ausgewiesen wird. Auf der andern Seite sollen gemäss Art. 960a Abs. 4 und 960e Abs. 4 VE-OR nicht mehr begründete Wertberichtigungen und Rückstellungen nicht aufgelöst werden müssen. Mit diesen Massnahmen kann die Gesellschaft ihre Aktionäre viel mehr über ihren wirklichen Geschäftsverlauf täuschen. Die massive Beschränkung erscheint deshalb widersprüchlich und fragwürdig.

- **Rückerstattungspflicht unrechtmässig bezogener Leistungen**

- **Art. 678 Abs. 1 und 2 VE-OR**

Wir stimmen dem Vorschlag zu, die Rückerstattungspflicht von unrechtmässig bezogenen Leistungen zu verschärfen. Unseres Erachtens ändert dies nichts an der steuerlichen Beurteilung von geldwerten Leistungen an Beteiligte und ihnen nahestehende Personen. Auf die steuerliche Aufrechnung wird nur verzichtet, wenn der Rückerstattungsanspruch auch tatsächlich geltend gemacht wird.

Entgegen der im Begleitbericht zum Vorentwurf geäusserten Ansicht, entspricht die Verjährungsfrist nicht derjenigen von Forderungen aus ungerechtfertigter Bereicherung (Art. 67 Abs. 1 OR). Schon nach bisherigem Recht war die Verjährungsfrist der Rückforderungsklage eine Sondernorm zur allgemeinen Verjährungsfrist von Art. 67 Abs. 1 OR und ging dieser in jeder Hinsicht vor. So beginnt die Verjährungsfrist in jedem Fall mit dem Empfang der Leistung, und es kommt nicht darauf an, wann der Kläger vom Rückerstattungsanspruch Kenntnis erhalten hat. Auch mit der Ausdehnung der absoluten Frist auf 10 Jahre kommt die relative einjährige Frist von Art. 67 Abs. 1 OR nicht zur Anwendung. Die Verlängerung der Verjährungsfrist als solches ist hingegen nicht zu beanstanden.

- **Verwendung elektronischer Hilfsmittel im Vorfeld und während der Generalversammlung**

- **Art. 689a ff. VE-OR**

Die Generalversammlung (GV) ist das oberste Organ einer AG. Ein Recht auf Teilnahme an der GV haben von Gesetzes wegen oder gemäss Statuten nur gewisse berechnigte Personen wie z.B. Aktionäre oder deren zur Stimmrechtsausübung bevollmächtigte Vertreter.

Eine elektronische Vollmacht zur Stimmrechtsausübung ist daher zu Recht nicht mit irgendeiner, sondern nur mit einer qualifizierten elektronischen Signatur des Aktionärs zulässig. Zudem muss der Verwaltungsrat entscheiden, ob er elektronische Vollmachten entgegennimmt, weil er für die Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben verantwortlich ist (Art. 689a Abs. 2 VE OR, Art. 14 Abs. 2 VE-OR und Art. 6 ff. des Bundesgesetzes über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur, ZertES, SR 943.03).

Ferner wird dem informationellen Selbstbestimmungsrecht (Art. 13 Abs. 2 der Bundesverfassung, BV, SR 101) Rechnung getragen, indem nebst der gesetzlichen Grundlage im VE-OR oder einer statutarischen Grundlage der einzelne Aktionär oder teilweise gar alle Aktionäre dem Einsatz elektronischer Hilfsmittel ausdrücklich zustimmen muss resp. müssen (z.B. elektronische Zustellung der Einberufung inklusive Unterlagen, Art. 700 Abs. 1 und 2 VE-OR, elektronische Teilnahme des Aktionärs an der GV von zu Hause aus, Art. 701c VE OR, ausschliesslich elektronische GV, welche nur mit Zustimmung aller Aktionäre zulässig ist, Art. 701d VE-OR).

Ausschlaggebend für oder gegen die Verwendung elektronischer Hilfsmittel wird sein, ob die von Herstellern angepriesenen Videokonferenzsysteme technisch so ausgereift sind, dass sie die hohen Anforderungen an die Datensicherheit auch tatsächlich erfüllen können: Aus Sicht der Datensicherheit zentral ist die eindeutige Feststellbarkeit der Identität der Teilnehmenden und der votanten, die Nichtverfälschbarkeit von Abstimmungsergebnissen (Art. 701e VE-OR). Zudem dürfen die Daten nur mittels sicherer Verschlüsselungstechnologie an die mehreren Tagungsorte oder zu den Teilnehmenden nach Hause übermittelt werden und umgekehrt wieder retour. Im Wissen um diese erheblichen Risiken vor Missbrauch dürfen daher zu Recht an elektronischen GV's keine Beschlüsse gefasst werden, die einer öffentlichen Beurkundung bedürfen (Art. 701d Ziff. 2 VE-OR). Richtig ist ebenfalls, dass eine GV wiederholt werden muss, wenn sie auf Grund technischer Probleme nicht nach Massgabe des Gesetzes oder der Statuten durchgeführt werden kann (Art. 701f VE OR). Dass allfällig aufgetretene technische Probleme bei der Durchführung der GV ausdrücklich ins Protokoll aufzunehmen sind (Art. 702 Abs. 2 Ziff. 7 VE-OR) dient der Transparenz.

Nebst der Datensicherheit müssen Videokonferenzsysteme auch qualitativ den hohen Ansprüchen an eine gesetzmässige und statutengemässe Durchführung einer GV genügen. Gemäss aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen gibt es bei verschiedenen technischen Lösungen Probleme durch die zeitliche Verzögerung bei der Übermittlung der Daten, die Beeinträchtigung der Bild- und Tonqualität, die zur Verfügung stehende Übertragungsbandbreite (128 kbit/s für einen ISDN-Anschluss, 2 Mbit/s im LAN). Kann und will ein Teilnehmender sein bisheriges Wahrnehmungs- und Kommunikationsverhalten diesen technischen Umständen anpassen? Oder wie kann dem Problem technisch begegnet werden, dass Videokonferenzsysteme detailliertere nonverbale Verhaltensweisen wie z.B. die Mimik eines votanten nicht erfassen können und deshalb vom Gesprächspartner nicht oder falsch „verstanden“ wird? Wie ist diese Frage zu beantworten, wenn dann zusätzlich die Kamera nicht mehr auf den votanten ausgerichtet ist? Die gesetzliche Anforderung, dass Teilnehmende voten abgeben und mitdiskutieren können, muss deshalb unbedingt technisch sichergestellt sein (Art. 701e Ziff. 2 VE-OR).

Sofern die Anforderungen an die Datensicherheit und die Qualität elektronischer Hilfsmittel tatsächlich im Einzelfall realisierbar sind, steht deren Einsatz aus unserer Sicht nichts im Wege.

- **Art. 697^{sexties} VE-OR**

Recte: 697^{sexies} VE-OR

- **Elektronische Veröffentlichung von Handelsregisterdaten
Art. 928 VE-OR**

Die Vorschrift, wonach neben den Einträgen auch die Statuten und Stiftungsurkunden elektronisch öffentlich zugänglich gemacht werden müssen, ist auch aus der Sicht der Handelsregisterführung zu begrüssen. Diese Pflicht führt allerdings zu erheblichen Kosten für den Kanton. Entweder ist auf die Unentgeltlichkeit der elektronischen Abrufe zu verzichten oder die Kosten sind durch eine generelle Anhebung der Handelsregistergebühren auszugleichen.

Aus datenschutzrechtlicher Sicht bestehen grundsätzlich keine Einwände gegen die elektronische Veröffentlichung von Handelsregisterdaten. Via den zentralen Firmenindex (zefix) kann bereits heute im Abrufverfahren und kostenlos auf die in der Handelsregisterdatenbank des Kantons Solothurn gespeicherten Daten solothurnischer Firmen zugegriffen werden. Dabei ist eine Suche nach personenbezogenen Kriterien wie z.B. dem Firmennamen möglich. Die abrufbaren Personendaten sind bereits heute allgemein öffentlich (siehe Begleitbericht zum VE-OR, S. 92). Rechtswirkung zeigen weiterhin nur durch das Handelsregisteramt beglaubigte Handelsregisterauszüge (Art. 928 Abs. 5 VE-OR).

Im weiteren veröffentlicht das seco das SHAB im Internet. Die SHAB-Daten werden vom seco mit einer elektronischen Signatur versehen. Die Signatur muss auf einem qualifizierten Zertifikat einer anerkannten Anbieterin von Zertifizierungsdiensten im Sinne des ZertES beruhen. Die elektronische Form ist massgebend, also rechtsverbindlich (Art. 928a und 930a VE-OR und die Verordnung über das Schweizerische Handelsamtsblatt, beschlossen vom BR am 15.02.2006, Inkrafttreten am 01.03.2006).

Mangels weiterer Informationen im Begleitbericht zum VE-OR und in der Medienmitteilung des BR vom 15.02.2006 kann nicht beurteilt werden, ob die Anforderungen an die elektronische Signatur technisch erfüllt sind oder nicht. Sofern dies der Fall ist, bestehen keine Einwände.

- **Art. 929 VE-OR**

Die heutige primäre, persönliche Haftung der Handelsregisterführer und Aufsichtsbehörden empfinden wir als stossend und nicht mehr zeitgemäss. Wir begrüssen deshalb die neue Regel, wonach der Kanton für Schäden haftet. Wir gehen davon aus, dass neu auch die Disziplinarbefugnis ausschliesslich in die Kompetenz der Kantone fällt und dass demzufolge Art. 4 Abs. 2 HRegV aufgehoben wird.

- **Art. 957 Abs. 2 VE-OR**

Es ist zu wünschen, dass die Aufzeichnungspflicht von Organisationen, die nicht zur kaufmännischen Buchführung verpflichtet sind, ebenfalls konkretisiert wird. Dabei stellen wir uns Mindestvorgaben über die Detaillierung der Aufzeichnungen und über das Belegwesen vor. Im Übrigen sind wir der Meinung, dass die Nicht-Buchführungspflichtigen wie bis anhin freiwillig kaufmännische Bücher im Sinne der Art. 957 ff. VE-OR führen können. Der vorgeschlagene Wortlaut erweckt aber den Eindruck einer Pflicht zur Beschränkung auf blosse Aufzeichnungen.

- **Art. 957a Abs. 4 und 5 VE-OR**

Wir schlagen eine Ergänzung von Absatz 4 vor, wonach die Buchführung in Landeswährung oder in der für die Geschäftstätigkeit der Organisation wesentlichen Währung zu erfolgen hat. Damit soll den Unternehmen wie bisher schon gestattet sein, ihre Bücher in der für ihre Geschäftstätigkeit bedeutenden Währung zu führen. Festzuhalten ist aber an Art. 958c Abs. 3 VE-OR, dass in der Jahresrechnung die Werte in Landeswährung anzugeben sind und der Umrechnungskurs im Anhang offen zu legen ist.

Den Vorschlag von Absatz 5 (und Art. 958c Abs. 4 VE-OR), dass Buchführung und Rechnungslegung auch nur in Englisch erfolgen können, lehnen wir strikte ab. Es ist an Buchführung und Rechnungslegung in einer der Landessprachen festzuhalten. Die Rücksichtnahme auf international tätige Unternehmen überzeugt als Begründung nicht. Einmal könnten mit dem gleichen Grund auch andere bedeutende Weltsprachen wie Spanisch oder Chinesisch als Rechnungssprachen zugelassen werden. Weiter würde auf diesem Weg Englisch über die Hintertür zur Amtssprache erklärt, was die Behörden entsprechend verpflichten würde, alle Unterlagen der Buchführung in der Fremdsprache entgegen zu nehmen. Und schliesslich sind für international tätige Unternehmen die Finanzmärkte entscheidend, für welche nicht die obligationenrechtliche Jahresrechnung sondern der Abschluss nach einem Regelwerk gemäss Art. 962 VE-OR massgebend ist. Dagegen, dass dieser (auch) in Englisch erfolgt, ist nichts einzuwenden.

- **Art. 958b Abs. 3 VE-OR**

Die Bestimmung, die sich an die Umsatzgrenze für die Mehrwertsteuerpflicht anlehnt (die ihrerseits bei der Revision des MWSTG geändert werden soll), kann ersatzlos gestrichen werden. Eintragungs- und damit buchführungspflichtigen juristischen Personen ist auch eine periodengerechte Abgrenzung von Aufwand und Ertrag zuzumuten.

- **Art. 958c Abs. 1 und 4 VE-OR**

Absatz 1: Aus Gründen der Transparenz und der Stetigkeit wäre es zu begrüssen, wenn auch Positionen, die in der Berichtsperiode keinen oder nur einen unwesentlichen Betrag aufweisen, (weiterhin) separat aufgeführt werden.

Absatz 4: Wir verweisen auf die Ausführungen zu Art. Art. 957a Abs. 5 VE-OR.

- **Art. 959a Abs. 2 und 4**

Wir stimmen dem Vorschlag zu, dass eigene Aktien als Minusposten im Eigenkapital zu erzeigen sind. Diese bilanzmässige Darstellung gibt den wirtschaftlichen Sachverhalt bedeutend besser wieder als die geltende Regelung. Allerdings fehlen in der Botschaft Ausführungen darüber, wie der sog. Handelsbestand von eigenen Aktien, insbesondere bei Banken, zu behandeln ist. Der Erwerb eigener Aktien wird zwar in der Botschaft (S. 60 ff.) ausführlich dargestellt. Besonders zu beschreiben wäre aber, wie bei Aktien vorzugehen ist, die ein gewerbmässiger Effektenhändler mit der Absicht der Weiterveräusserung erworben hat.

Absatz 4 ist wie folgt zu ändern: „Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern und Organen **sowie zwischen Unternehmen unter einheitlicher Leitung** müssen gesondert ausgewiesen werden.“ Denn der vorgeschlagene Wortlaut „oder gegenüber Unternehmen, an denen eine Beteiligung besteht“ beschränkt die Anwendung der Bestimmung auf Tochtergesellschaften. Das genügt nicht, da Forderungen und Verbindlichkeiten im Unternehmensverbund auch gegenüber andern Gruppengesellschaften (Mutter- und Schwestergesellschaften) gesondert ausgewiesen werden sollen. Mit dem hier vorgeschlagenen Wortlaut sind sämtliche Beziehungen im Unternehmensverbund abgedeckt.

- **Art. 959c Abs. 1 VE-OR**

Die Bestimmung ist mit einer neuen Ziffer 3 zu ergänzen (die bisherige Ziffer 3 wird zu Ziffer 4): „Angaben zu allen Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen.“ Diese Offenlegung erhöht die Transparenz der Jahresrechnung.

- **Art. 960 Abs. 3 VE-OR**

Neuer Formulierungsvorschlag: „Die Werte sind jährlich zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.“ Um das Niederstwertprinzip und die Grundsätze der ordnungsgemässen Rechnungslegung gemäss Art. 958b Abs. 1 VE-OR einzuhalten, ist unseres Erachtens eine jährliche Überprüfung der Werte notwendig.

- **Art. 960a Abs. 4 und 5 VE-OR**

Diese Bestimmungen gehen davon aus, dass nicht mehr begründete Abschreibungen und Wertberichtigungen grundsätzlich aufzulösen sind, dass aber unter bestimmten Voraussetzungen davon abgesehen werden kann. Damit wird der bisher geltende Grundsatz, wonach Abschreibungen de-

finitiven Charakter haben, verlassen, ohne dass die Botschaft dazu eine Begründung liefert. Wir sehen keinen Grund, den bewährten, auch im Steuerrecht anerkannten Grundsatz umzustossen.

Bei Wertberichtigungen ist anerkannt, dass diese vorläufiger Natur und dementsprechend aufzulösen sind, wenn der Grund für ihre Bildung entfallen ist. Steuerlich ist ihre Auflösung zwingend (Art. 29 und 63 je Abs. 2 DBG, hier allerdings untechnisch im Begriff der Rückstellungen enthalten; vgl. Art. 29 und 63 je Abs. 1 lit. b DBG). Wenn das Handelsrecht nun erlaubt, nicht mehr begründete Wertberichtigungen nicht aufzulösen, entsteht eine unerwünschte Differenz zwischen Handelsbilanz und Steuerbilanz. Diese soll dann nach dem Entscheid der Steuerbehörden in der Handelsbilanz wieder korrigiert werden (Art. 960f VE-OR). Wenn auch das Handelsrecht verlangt, nicht mehr begründete Wertberichtigungen aufzulösen, kann auf diese Korrektur verzichtet und damit das Verfahren vereinfacht werden. Auch der Grundsatz der Transparenz verlangt die Auflösung der nicht mehr begründeten Wertberichtigungen.

- **Art. 960b Abs. 3 VE-OR**

Schwankungsreserven für die Finanzanlagen sind nicht notwendig, da für diese gemäss Abs. 2 das Niederstwertprinzip gilt (Bilanzierung zum Anschaffungs- oder niedrigeren Marktwert). Ebenso sollen für Wertschriften und Handelswaren, die zum Anschaffungswert oder zu einem tieferen Kurswert bilanziert werden, keine Schwankungsreserven gebildet werden dürfen. Diese wären willkürlich und würden von den Steuerbehörden korrigiert. Wir schlagen folgende Formulierung vor: „Werden Wertschriften oder Handelswaren zum Kurs am Bilanzstichtag bewertet und liegt dieser über dem Anschaffungswert, dürfen Schwankungsreserven gebildet werden, um dem Kursverlauf Rechnung zu tragen.“

- **Art. 960e Abs. 4 VE-OR**

Aus den in den Ausführungen zu Art. 960a VE-OR genannten Gründen sind auch nicht mehr begründete Rückstellungen aufzulösen.

- **Art. 960f VE-OR**

Auf diese Bestimmung ist zu verzichten. Sie ist überflüssig, wenn nicht mehr begründete Wertberichtigungen und Rückstellungen handelsrechtlich aufzulösen sind (vgl. die Ausführungen zu Art. 960a VE-OR). Andernfalls steht sie im Widerspruch zu den vorgeschlagenen Art. 960a Abs. 4 und 5 sowie Art. 960e Abs. 4 VE-OR, welche im Unterschied zum Steuerrecht die Nicht-Auflösung von nicht mehr begründeten Wertberichtigungen und Rückstellungen erlauben. Wieso sollen sie in der Handelsbilanz trotzdem nachvollzogen werden, wenn sie steuerlich nicht (mehr) anerkannt werden? Das macht es für die Steuerbehörden noch schwieriger, entsprechende steuerliche Aufrechnungen vorzunehmen. Im Übrigen ist nicht einzusehen, warum nur ganz bestimmte steuerliche Korrekturen handelsrechtlich ausgewiesen werden müssen.

- **Art. 961 Abs. 2 Ziffer 1 VE-OR**

Die vorgeschlagene Formulierung enthält eine Lücke. Verbindlichkeiten, die innert einem bis zwei Jahren fällig werden, müssen nach dem Wortlaut nicht aufgeführt werden.

- **Art. 962 Abs. 4 VE-OR**

Die Bestimmung ist ersatzlos zu streichen. Es gibt bereits heute Unternehmungen, welche ihren „aktienrechtlichen“ Jahresabschluss nach einem internationalen (IFRS oder US-GAAP) oder nationalen (Swiss GAAP FER) Regelwerk erstellen und diesen von der GV genehmigen lassen. Daneben existiert kein Abschluss nach den Bestimmungen von Art. 662a ff. VE-OR. In diesen Fällen dürfte klar sein, dass der von der GV beschlossene (betriebswirtschaftliche) Abschluss für die Steuerveranlagung massgebend ist bzw. sein wird. Die Abgrenzung ist nicht nötig und in den genannten Fällen sogar falsch.

- **Art. 963 VE-OR**

Die Konsolidierungspflicht geht unseres Erachtens zu weit, da auch „Kleinstkonzerne“ zu einer Konzernrechnung verpflichtet werden sollen. Damit werden für kleinere Unternehmen zusätzliche Hürden für eine betriebswirtschaftlich sinnvolle Struktur aufgebaut.

- **Art. 2 und 3 Übergangsbestimmungen VE-OR**

Wir halten eine Frist von 2 Jahren zur Anpassung von Statuten und Reglementen an die neuen Bestimmungen für zu kurz. Einer Frist von 3 Jahren würden wir den Vorzug geben.

- **Buchführungspflicht der Stiftungen**

- **Art. 83a VE-ZGB**

In dem seit 1. Januar 2006 geltenden neuen Stiftungsrecht finden sich in Art. 84b ZGB die Vorschriften zur Buchführung der Stiftungen. Mit der Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts im Obligationenrecht werden diese Vorschriften im neu vorgesehenen Art. 83a VE-ZGB festgehalten, wo zur Führung der Geschäftsbücher auf die Vorschriften des Obligationenrechts über kaufmännische Buchführung verwiesen wird und die Art. 957 ff. OR zur Anwendung kommen. Von diesen Bestimmungen deckt jedoch Art. 959c VE-OR u.E. die Bedürfnisse für die klassischen Stiftungen unvollständig ab. Daher sollten im Art. 83a VE-ZGB die spezifischen Stiftungsbedürfnisse ergänzend noch aufgeführt werden. Wir beantragen deshalb, Art. 83a Abs. 2 ZGB folgendermassen zu formulieren:

Im Anhang sind ergänzend zum Art. 959c OR die folgenden Informationen aufzuführen:

1. *geltende Stiftungsurkunde und Reglemente*
2. *namentliches Verzeichnis des Stiftungsrates*
3. *Erläuterung der tatsächlichen finanziellen Lage*
4. *ergänzende Angaben und Erläuterungen zur Vermögensanlage*

Diese Vorschriften sind aus Gründen der Transparenz bei den klassischen Stiftungen u.E. unerlässlich. (Wir verweisen zum Vergleich auf die Rechnungslegungsvorschriften nach Swiss GAAP FER 26 für die Personalvorsorgestiftungen / Pensionskassen – Stiftungen im Sinne von Art. 80 ff. ZGB und Art. 331 OR in Art. 47 Abs. 2 BVV 2).

- **Art. 84c ZGB**

Formeller Hinweis: Der bisherige, seit 1. Januar 2006 geltende Art. 84b ZGB wird im Zusammenhang mit dem Revisionsaufsichtsgesetz gestrichen (Ablauf der Referendumsfrist: 6. April 2006). Der Art. 84c im vorliegenden Vorentwurf wird deshalb unseres Erachtens zum Art. 84b ZGB.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und bitten Sie, die von uns eingebrachten Änderungsvorschläge bei der Weiterbearbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

Sig. Christian Wanner
Landammann

Sig. Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber